

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1971

DGB Bezirk Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

An den
Innen- und Rechtsausschuss
des schleswig-holsteinischen Landtages
Frau Dörte Schönfelder
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bezirk Nord

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Telefon: 040 / 28 58-218/219
Telefax: 040/2858-229

Gabriele Wegner
e-mail: gabriele.wegner@dgb.de

Mitarbeiterin
Anja Plewig
email: anja.plewig @dgb.de

Abteilung
Sozialpolitik
Datum sechsstellig lassen!

Unsere Zeichen

Datum
28.02.11 Alt+E+N Bitte

Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zum Bericht über die finanzielle Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen (Drs. 17/664) am 2. März 2011

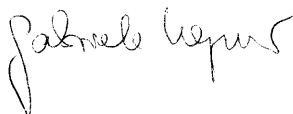
Sehr geehrte Frau Schönfelder,

leider muss ich meine persönliche Teilnahme an der o.g. Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses am 2. März 2011 wegen aktueller Terminschwierigkeiten absagen.

In der Anlage übersende ich Ihnen deshalb die Stellungnahme des DGB Nord zur Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen in Schriftform. Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit beschränkt sich unser Papier dabei auf eine allgemeinpolitische Bewertung der kommunalen Situation im Land.

Aktuell hat nun die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine große Anfrage zur *Finanziellen Situation des Landes Schleswig-Holstein* (Drs. 17/1252) auf den Weg gebracht. Auch hier werden Auswirkungen der Haushaltspolitik auf die Kommunen thematisiert. Sobald die Antwort der Landesregierung hierzu in den parlamentarischen Gremien diskutiert wird, sind wir gern bereit, unter Einbeziehung des Landesfachbereiches Gemeinden von ver.di Nord, detailliert noch einmal hierzu Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Wegner

Anlage

SEB AG Düsseldorf
(BLZ 200 101 11)
Konto 12 900 298 00

Sie erreichen uns ab Hbf Hamburg zu Fuß
direkt gegenüber dem ZOB-Bahnhof
ab Flughafen Hamburg mit dem Bus Jasper bis zur Kirchenallee

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material

Stellungnahme des DGB Nord zum Bericht über die finanzielle Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen (Drs. 17/664)

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren überall in Deutschland katastrophal entwickelt. Dabei verzeichneten die Kommunen 2010 mit rund 10 Mrd. € das größte Defizit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Und für die nächsten Jahre ist eine durchgreifende Besserung nicht in Sicht.

Der vorliegende Bericht der Landesregierung spiegelt die schwierige Situation der Kommunen in Schleswig-Holstein eindringlich wider, auch wenn bei Würdigung der Zahlen deutlich wird, dass es regional betrachtet jeweils auch Unterschiede gibt.

Vor diesem Hintergrund nimmt der DGB Nord zur Situation der Kommunen im Land wie folgt Stellung:

Auch in Schleswig-Holstein fehlen an vielen Stellen die notwendigen Mittel zur Erfüllung wichtiger Aufgaben. Doch gerade in den Kommunen, wo Verwaltung und Politik in unmittelbarer Nähe zu den Menschen stehen, werden Kürzungen, Streichungen und Schließungen von Einrichtungen direkt spürbar. Deshalb sind gerade hier sozial gerechte - an die Bedürfnisse der Menschen angepasste - Leistungen von enormer Wichtigkeit für das soziale Gleichgewicht und für demokratisch geprägte Partizipation.

Der dritten Ebene in Schleswig-Holstein fehlen damit unter den aktuellen Bedingungen auf Dauer wichtige Finanzmittel, um Entwicklungen adäquat zu begleiten. In den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales sowie in der Verwaltung sind – immer weiter steigende – Gebühren keine Alternative zu gerechten Steuern. Sie führen zu einer weiteren Benachteiligung der ohnehin schon Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Bei sinkenden Einnahmen, steigenden Ausgaben und gleichzeitig hohen Schulden droht das Ende der Handlungsfähigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung. Eine Stadt ohne finanziellen Spielraum kann nur noch leisten, wozu sie gesetzlich verpflichtet ist. Und bei steigendem Druck wächst auch hier die Gefahr von Leistungskürzungen. So geht die Eigenständigkeit von Kommunen verloren und werden demokratische Entscheidungsprozesse zur belanglosen Farce. Wenn die Bürgerinnen und Bürger in ihrem direkten Umfeld keinen Einfluss mehr ausüben können, verlieren sie das Interesse an politischer Teilhabe.

Eine solche Entwicklung ist gefährlich für das Funktionieren unseres Gemeinwesens und kann nicht auf Dauer hingenommen werden! Aus der Perspektive der Gewerkschaften muss das Ausbluten der Kommunen dringend beendet werden!

Bund und Länder tragen hierbei eine klare Mitverantwortung, weil ihre gesetzlichen Vorgaben gerade auch in den Kommunen ausgeführt und finanziert werden müssen – ohne dass der Bund genügend Mittel dafür bereitstellt. Es muss also endlich darum gehen, dass der Bund für die von ihm übertragenen Aufgaben auch die Finanzierung übernimmt.

Wir wollen in den Städten und Kommunen Leben gestalten und Benachteiligte einbeziehen und fördern. Wir brauchen kulturelle Vielfalt, soziale Teilhabe für Arme, eine nachhaltige Stärkung von Familien und vieles mehr. Unsere Städte und Gemeinden müssen auch weiterhin so attraktiv bleiben, dass es Lust macht, hier Kinder groß zu ziehen. Dafür brauchen wir ausreichende Finanzmittel gerade auch in den Städten und Kommunen!

Deshalb geht es zentral darum, die derzeitige Haupteinnahmequelle der Kommunen - die Gewerbesteuer - zu einer Gemeindefortschrittsteuer weiter zu entwickeln. Die Kommunen brauchen dringend mehr und stabilere eigene Einnahmen. Das heißt, auch Freiberufler

wie Ärzte, Anwälte oder Steuerberater sollen künftig diese Steuer bezahlen. Denn es ist einem Handwerker tatsächlich nicht zu vermitteln, warum die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von gegenüber keinen Beitrag zum kommunalen Gemeinwesen leistet. Auch sie profitiert von der Infrastruktur ihrer Kommune. Da sie die Steuer in der derzeitigen Form von ihrer Einkommensteuer abziehen können, ist dies in erster Linie eine Umverteilung von Steueraufkommen hin zu den Kommunen. Bund und Länder können ihre Steuerausfälle aber problemlos und um ein Vielfaches wieder reinholen. Denn Deutschland ist mittlerweile im Vergleich zu anderen Staaten eine Steueroase für Vermögende.

So zeigen Berechnungen des DGB, wie die Bundesregierung mindestens 70 Milliarden Euro jährlich zusätzlich an Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen erzielen kann:

- Dazu gehört eine Finanztransaktionssteuer, die allein in Deutschland jährlich mindestens 12 Milliarden Euro in die Kasse bringt. Der geforderte Steuersatz von 0,1% wird darüber hinaus eine regulierende Funktion haben: Schädliche Finanzmarktspekulationen werden eingedämmt.
- Dazu gehört die Wiederbelebung der Vermögensteuer mit rund 16 Milliarden Euro Aufkommen pro Jahr.
- Eine gerechtere Erbschaftsteuer bringt rund 6 Milliarden zusätzlich, die Besteuerung von Kapitalerträgen nach persönlicher Leistungsfähigkeit schläge ebenfalls mit plus 6 Milliarden Euro im Jahr zu Buche.
Ein höherer Spitzensteuersatz von zum Beispiel 50% für wirklich große Einkommen würde zusätzlich 8 Milliarden bringen, ein offensiverer Steuervollzug rund 22 Milliarden.

Kommunale Zuschläge auf die Einkommensteuer – wie sie derzeit in der Gemeindefinanzkommission diskutiert werden – lehnen wir dagegen entschieden ab. Sie würden die Konkurrenz und den Standortwettbewerb der Kommunen um finanzkräftige Einwohner bzw. Unternehmen so verschärfen, dass am Ende alle verlieren. Übrig blieben weniger Geld und weniger Kommune.

Für die zusätzliche Verbesserung der Situation der Kommunen im Land Schleswig-Holstein sind darüber hinaus ein Entschuldungsfonds und ein Moratorium für die Schuldentilgung notwendig. Nur so kann verhindert werden, dass durch das Ausbleiben dringender öffentlicher Investitionen Gebäude verfallen und die soziale Infrastruktur immer weiter ausgedünnt wird.

Auf die Kommunen kommen in den nächsten Jahren zusätzliche Ausgaben für u.a. für die Grundsicherung im Alter, die Kosten der Unterkunft im Bereich von ALG II und den Ausbau der Kindergartenplatz-Versorgung sowohl für die unter wie über Dreijährigen zu. Hier ist insbesondere die Landesregierung gefordert, die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommunen neu zu regeln.

Die von Schleswig-Holstein zusätzlich für das Land beschlossene Schuldenbremse lehnen wir ab und warnen dringend davor, Vorschläge umsetzen, eine solche auch noch in die kommunale Ebene einzuziehen. Spätestens dann wäre das völlige Ende der Handlungsfähigkeit der Kommunen vorprogrammiert.

Vielmehr ist eine konsequente Umsteuerung bei der Verteilung der Lasten zwischen Land und Kommunen notwendig, die den Städten und Gemeinden eine aufgabengerechte Finanzausstattung zugesteht und die regionalen Zentren in die Lage versetzt, ihre Rolle als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung zu erfüllen. Gleichzeitig müssen sie von der Finanzierung überregionaler Aufgaben und Einrichtungen entlastet werden. Das Land darf sich nicht aus der Finanzierung so wichtiger überregionaler Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Messen, Theater oder Orchester herausziehen.

Erforderlich sind vor diesem Hintergrund investive Stützungsmaßnahmen aus Landesmitteln wie die Finanzierung von Sanierungspaketen z.B. für Schulen und Kitas. Hierdurch könnten nicht nur die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen in zahlreichen Kommunen umgesetzt werden, es würde auch positive Impulse für die regionale Wirtschaft gegeben werden. Hierdurch lassen sich bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Völlig falsch hingegen ist es aus unserer Sicht, gerade in den sozialen und kulturellen Bereichen – bei Jugendhäusern, Bibliotheken, Musikschulen u.ä. – zu streichen. Die Kommunen müssen finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben und Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

In diesem Zusammenhang ist die Landesregierung gefordert, sich umgehend sowohl auf der Bundesebene für eine neue Steuerpolitik einzusetzen als auch hier im Land durch eine konsequente Umsteuerung für eine gerechte Verteilung der Mittel und für genügend Handlungsanreize zu sorgen.

Hamburg, 28. Februar 2011